

## Die Aufhebung der Blockade.

Bis jetzt sind weitere Nachrichten über die Aufhebung der Blockade nicht nach Wien gelangt. Die italienische Waffenstillstandskommission hat tagsüber wiederholt den Versuch gemacht, mit den interalliierten Delegierten in Budapest zu sprechen, in der Hoffnung, von dort her Einzelheiten erfahren zu können, doch konnte sie keine Verbindung erhalten. Es läßt sich daher noch nicht bestimmen, in welchem Ausmaße, beziehungsweise mit welchen Einschränkungen die Blockade aufgehoben wurde, doch ändert dies nichts daran, daß wir den Beschluß des Lehnrates als einen höchst erfreulichen bezeichnen dürfen, denn er ist in jedem Falle ein sehr wichtiger Schritt zur Anbahnung normaler Verhältnisse.

Ueber die Absichten der Regierung für den Fall der Wiederaufnahme des Güteraustausches ist zu sagen, daß sowohl die Ausfuhr als auch die Einfuhr vorläufig unbeschadet der Betätigung von Industriellen und Großhändlern nicht völlig freigegeben, sondern überwacht werden sollen, die Ausfuhr zu dem Zwecke, um sie zu Kompensationen in zweckmäßigster Weise auszunützen, und die Einfuhr, weil die Verteilung der Bedarfsgegenstände staatlich geregelt werden muß und Luxusgegenstände ferngehalten werden sollen.

### Der neue Brotpreis.

#### Ein Laib Brot 5 K.?

Bei Beginn der Einfuhr des über Italien bezogenen amerikanischen Getreides wurde die Deffentlichkeit sofort darauf aufmerksam gemacht, daß dieses Getreide sich weit höher stelle als das inländische und aus diesem Grunde eine Erhöhung der Brot- und Mehlpreise unvermeidlich sei. Von amtlicher Stelle wurde damals der Preis des amerikanischen Getreides mit 3 K. ab italienischer Station angegeben. Amerika, beziehungsweise Italien haben den einmal aufgestellten Getreidepreis nicht erhöht, aber dieser wurde uns immer in Dire berechnet, und seit der ersten Kalkulation, die Anfang Jänner erfolgte, hat sich das Verhältnis zwischen unsrer und der italienischen Valuta derart verschlechtert, daß sich nun ein Kilogramm Mehl aus amerikanischem Getreide auf mehr als fünf Kronen stellt.

Die Regierung hat von allem Anfange die Absicht gehabt, die Mehrkosten für das Getreide irgendwie auf die Bevölkerung zu überwälzen, und hat sich damit nur darum Zeit gelassen, weil ein Weg gefunden werden sollte, um den minderbemittelten Schichten die Preiserhöhung nicht im vollen Ausmaße aufzuhalten. Der Kabinettsrat einigte sich dahin, den Haushaltungen von mehr als 20,000 K. Jahreseinkommen eine außerordentliche einmalige Brotauflage vorzuschreiben, um mit den so gewonnenen Mitteln eine Verbilligung des Brotpreises herbeizuführen. Der erste Entwurf der Brotauflage wurde, weil er ein zu geringes Erträgnis in Aussicht stellte, abgelehnt, der zweite Entwurf, der beträchtlich erhöhte Sätze enthielt, wurde mit der Begründung zurückgestellt, daß die Entscheidung in dieser wichtigen Angelegenheit der neugewählten Nationalversammlung überlassen bleiben solle. So verlaufe der Staat bis zum heutigen Tage Brot und Mehl zu den alten Preisen, wobei er jedoch über 2 Millionen Kronen pro Tag daraufzahlt. Die Gesamtsumme der staatlichen Zuschüsse auf das amerikanische Getreide beträgt schon

über 100 Millionen Kronen, und da unser Staat zu arm ist, um derartige Belastungen auf die Dauer tragen zu können, bringt das Staatsamt für Finanzen darauf, daß nunmehr neue Preise für Brot und Mehl festgesetzt werden.

Schon in der nächsten Woche, vermutlich Mittwoch, wird sich der Kabinettsrat mit der Angelegenheit befassen. Ihm wird neben allem andern Material auch der schon erwähnte zweite Entwurf einer Brotauflage vorliegen. Das Erträgnis dieser Auflage wird schätzungsweise, verlässliche Grundlagen fehlen nämlich, mit 100 Millionen Kronen angenommen. Dieser Betrag wird also, wenn der Entwurf angenommen werden sollte, der Regierung als Zuschuß behufs Verminderung des Brotpreises zur Verfügung stehen. Wir zählen in Deutschösterreich über fünf Millionen Nichtselbstverfolger bezüglich ihrer Brot- und Mehlration. Auf jeden derselben würden vom Erträgnisse der Brotauflage 20 K. entfallen, mit welchem sein Brotbedarf für etwa 35 Wochen — den Rest des Jahres können wir unseren Bedarf aus der eigenen Ernte bestreiten — subventioniert werden könnte. Dieser Zuschuß würde also die Verbilligung eines Laibes Brot um etwa 50 S. gegen die Herstellungskosten ermöglichen. Nun stellt sich aber das Mehl aus dem amerikanischen Getreide auf mindestens 5 K. und darum würde die Herstellungskosten eines Laibes Brot von der heutigen Größe mindestens 5 K. und 6 S. betragen. Aus dieser traurigen Berechnung ergibt sich, daß ein Laib Brot, wenn nicht noch besondere Zuschüsse beschlossen werden, mindestens 4 K. 56 S. kosten müßte. Dies wäre ein Preis, welcher in die Wirtschaft aller jener Schichten, die nicht über große Einkünfte verfügen, geradezu zerstörend eingreifen würde. Man stelle sich nur vor, welche Belästigung der neue Brotpreis einer Familie von fünf oder sechs Köpfen auferlegt!

Die tschecho-slowakische Regierung, welche über eine bessere Valuta verfügt als wir, aber andererseits keine Zuschüsse auf das amerikanische Getreide leistet, berechnet der Bevölkerung für ein Kilogramm amerikanischen Mehles 5 K. 20 S. Es ist wohl äußerst wünschenswert, daß die Bevölkerung Deutschösterreichs vor einem ähnlichen Preise bewahrt bleibe, doch muß man sich vor Augen halten, daß unsre Staatsfinanzen sehr geschwächt sind und der Nutzen, der der Bevölkerung aus staatlichen Zuschüssen erwächst, sich an derselben Bevölkerung durch Verschlechterung der Valuta rächt. m. h.

### Die Milchnot.

Das ungarische Ernährungsamt hat neuerlich ungefähr 800 Liter der bisher nach Wien gelieferten Milchmenge für Budapest beschlagnahmt. Der Ausfall dieses Milchquantums droht die Lage auf dem Wiener Milchmarkt geradezu unhaltbar zu machen. Bürgermeister Dr. Weisskirchner hat sich daher telegraphisch an den ungarischen Minister für Volksernährung mit dem dringenden Ersuchen gewendet, alles nur mögliche daran zu setzen, daß Wien vor einer solchen Katastrophe bewahrt bleibe, und gleichzeitig an die ungarische Gesandtschaft die Bitte gerichtet, diesen seinen Schritt bei der ungarischen Regierung tatkräftig zu unterstützen, was die Gesandtschaft auch zusagte.

Da noch immer zahlreiche Ansuchen um Milch für Kranke im städtischen Gesundheitsamt eintreffen und dadurch Verzögerungen in der Erledigung dieser Ansuchen entstehen, wird neuerlich darauf aufmerksam gemacht, daß Ansuchen um Krankemilch nicht mehr in der Beratungsstelle des städtischen Gesundheitsamtes, sondern im magistratischen Bezirksamt des Wohnbezirk, in welchem auch die Gesuchformulare zu erhalten sind, einzureichen sind.

### Ein Kilo Weißzucker — fünf Kronen.

Wie bereits mitgeteilt, sichert die zwischen der deutschösterreichischen Zuderstelle und der tschecho-slowakischen Zuderkommission in Prag geschlossene Vereinbarung die Versorgung Deutschösterreichs mit Zuder bis Ende September dieses Jahres. Seitens der tschecho-slowakischen Regierung wurde für den zu liefernden Zuder ein gegenüber den bisherigen Preisen wesentlich erhöhter Preis festgesetzt. Zu diesem Preise kommt noch die Zudersteuer und mit Rücksicht darauf, daß die Bezahlung des Zuders vereinbarungsgemäß in tschecho-slowakischer Währung zu erfolgen hat, ein entsprechender Agiozuschlag. Die Preiserhöhung beträgt für den Verbraucher insgesamt für Rohzucker K. 1.91 und für Weißzucker K. 1.96 pro Kilogramm. Der Preis für ein Kilogramm Weißzucker wird sich in Wien auf fünf Kronen stellen.

### Abgabe rationierter Waren.

Zur Hälfte als Fleischersatz und zur Hälfte als besondere Zubuße wird von Dienstag an bei den städtischen Mehlabgabestellen und in den Konsumtenorganisationen pro Kopf ein Viertelkilogramm Reis zum Preise von 2 K. auf die

Einkaufscheine für Rindfleisch abgegeben. Die gleiche Menge erhalten die Besitzer rosafarbener Einkaufscheine. — Unterzünbholz, 5 Kilogramm für den Haushalt, auf den Fleischeneinkaufscheine.

### Die Schweizer Liebesgabenverteilung.

Da bei dieser Verteilung durch die Frauenarbeitskomitees in den einzelnen Bezirken sich vielfach mehr Personen gemeldet haben, als Liebesgaben zugewiesen werden konnten, und der erste Schweizer Zug von einzelnen Waren, wie beispielsweise Kondensmilch, nicht genügende Mengen enthielt, daher nicht alle Haushalte mit Kindern im Alter von 2 bis 6 Jahren beteiligt werden konnten, werden diese Haushalte eingeladen, sich beim Frauenarbeitskomitee ihres Wohnbezirk im Laufe der nächsten Tage zu melden und den alten amtlichen grünen, blauen oder gelben Einkaufscheine und die blaue Milchkarte für Kinder von 2 bis 6 Jahren vorzuweisen. Für alle Haushalte, die noch den Abschnitt 65 des alten Mindestbemittelteineinkaufscheines und den Abschnitt 1 der blauen Kindermilchkarte besitzen, werden die Schweizer Liebesgaben zur Verteilung an diese Haushalte den Frauenarbeitskomitees nachgeliefert werden. Bedauerlicherweise waren bei diesen letzten Verteilungen die Frauen, die sich seit 4½ Jahren in anspruchsvoller und uneigennütziger Weise in den Dienst der Allgemeinheit gestellt haben, in einigen Bezirken rohen Beschimpfungen und wästen Drohungen ausgesetzt. Die Zentrale erwartet, daß derartige Vorkommnisse künftig unterbleiben werden, weil die Frauen daran, daß nicht alle sich Meldenden mit Liebesgaben berechtigt werden konnten, kein Verschulden trifft.